

Erstausgabe
wöchentlich je einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Gottlingen-Zürich.
Herausgeber
France gegen France.
Grunderliche Briefe
nach der Schweiz folgen
Tropfenpost.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Wertejahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Streuzeit)
Fr. 2.— für Deutschland (Postzeit)
Fr. 1.70 für Österreich (Postzeit)
Fr. 2.30 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Streuzeit)

Zusätze
Die beizugelieferten Hefen
25 Bst. — 20 Pfg.

Nr. 28.

Donnerstag, 5. Juli.

1883.

Lein an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begn. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Verkehr notwendig und darf keine Rücksichtnahme veräußert werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptbedingung ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverfängliche Zustellungsadressen mitzuteilen werden. In zweifelsfällen halten wir uns für geboten, größere Sicherheit des Ansehens zu erwirken. So viel an uns liegt, werden wir gewiß weder Briefe noch Rollen fälschen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unsere Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntnis, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme mit Nr. 29 erheben werden, sofern bis zum 15. ds. M. die betreffenden Abonnementsbeträge nicht eingesandt wurden.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Republik oder Monarchie?

Zum Jahrestag des Bastillesturmes.

Es könnte befremdlich erscheinen, daß wir im „Sozialdemokrat“ heute eine Frage erörtern, die für jeden denkfähigen Menschen längst keine Frage mehr ist. Wenn man indes in Betracht zieht, mit welcher gewissenhaften Schadenfreude die deutsche Presse — wenige, sehr wenige Ausnahmen abgerechnet — auf alle Schäden hinweist, welche in der französischen Republik zu Tage treten, wie andererseits jede Kritik des monarchischen Systems, die über den Wechselbalg des konstitutionellen Königtums hinausgeht, in Deutschland verpönt ist, wie die Phrase vom sozialen Königtum dem deutschen Volk heute in allen Tonarten vorgesungen wird, dann wird man es auch verstehen, warum wir es für unsere Pflicht halten, von Zeit zu Zeit von einem republikanischen Lande her dem deutschen Volke zuzurufen: Laß dich nicht irreführen! Die Demokratie, die wahre Volksfreiheit ist nur möglich in der Republik!

„Es lebe die Republik!“ so schlossen wir in der vorigen Nummer unsern Artikel über den Prozeß Louise Michel, einen Prozeß, der an Niedertracht seines Gleichen sucht, der sich dem Schlimmsten würdig an die Seite stellt, was in den Monarchien heutzutage geleistet wird. Es fällt uns natürlich nicht ein, das Urtheil irgendwie beschönigen, entschuldigen zu wollen, wie es zum Beispiel in wahrhaft skandalöser Weise die biederer „Frankfurter Zeitung“ thut, die sich dabei zu folgendem ebenso reaktionären, wie juristisch ungeheuerlichen Ausspruch versteigt:

„Freilich wird kein Mensch die Michel jetzt für eine Broddiebin halten, aber das Bewußtsein der zwölf Kleinbürgerlichen Geschwornenen konnte es nicht über sich gewinnen, Jemand freizusprechen, der öffentlich zu Mord und Eigenthumszerstörung auffordert und an der Spitze der Banden steht, welche notorisch die Bäckereien geplündert haben. Eine eigenthümliche Sorte von Sozialrevolutionären das, welche ungeheuer zum Mord und Todtschlag im Großen auffordern, aber entrüstet sich in die Brust werfen, wenn man sie beschuldigt, ungerechter Weise ein Broddiebin angeeignet zu haben. Sie selber mögen es fertig bringen, Beides streng auseinanderzuhalten, aber wenn der Mob ihre Predigt sofort in die That umsetzt, wie zu Paris geschehen, sind sie dann von Schuld ganz frei? Wer diese Frage ehrlich mit Ja beantworten kann, der möge einen Stein auf die Pariser Geschwornenen werfen.“

Nein, das Urtheil, das sich weder auf eine „Aufforderung zu Mord“, noch auf eine zu „Eigenthumszerstörung“ stützt und trotzdem L. Michel als eine Broddiebin behandelt, ist infam, da gibt es nichts zu vertuschen. Und ebenso haben die Prozesse von Monceau-les-Rines, von Lyon und Moulins gezeigt, daß die Justizpflege in der französischen Republik eine im höchsten Grade parteiische ist, wie sich bei verschiedenen Gelegenheiten auch gezeigt hat, daß die Organe der öffentlichen Sicherheit in Frankreich an Brutalität und Neigung zu Uebergriffen der Polizei in den monarchischen Ländern keineswegs nachstehen. Das zu leugnen oder auch nur zu verschweigen, fällt uns gar nicht ein.

Aber was beweist diese Thatsache gegen die republikanische Staatsform an sich? Gar nichts. Ganz abgesehen davon, daß die französische Republik kaum 13 Jahre besteht und man sich daher nicht wundern darf, daß der korrumpirende Einfluß des Kaiserreichs noch nicht überwunden ist, daß es der Republik noch an Republikanismus, an republikanischem Geiste fehlt — auch in der freien Schweiz und im freien Nordamerika passiren Dinge, die einer Republik wenig Ehre machen — muß doch immer festgehalten werden, daß die republikanische Staatsform eben nur eine Form ist, die solange ihren Zweck nicht erfüllen kann, als ihr der entsprechende Inhalt fehlt. Für eine bloß nominelle Republik ohne republikanische Einrichtungen, für eine Republik ohne Republikaner wird sich natürlich kein Sozialist erwärmen. Nein, was wir erstreben, ist die Republik mit allen ihren Konsequenzen. Und daß die Form ohne Inhalt nichts ist, ist für uns noch kein Grund, die Form überhaupt für entbehrlich zu erklären.

Denn, und das ist namentlich festzuhalten, alle polizeilichen Willkürakte, die wir in Frankreich, in Amerika u. s. sich abspielen sehen, all' die verschiedenen Arrentate auf die Volksfreiheit, sie

stehen im strikten Gegensatz zum republikanischen Prinzip, während sie dem Prinzip der Monarchie keineswegs widersprechen. Was in der Monarchie ganz in der Ordnung ist, ist in der Republik Mißbrauch, wird als solcher erkannt und bekämpft. Daher sehen wir heute in allen Republiken eine stetige Entwicklung im Sinne der Beschränkung der Regierungsgewalten, sehen wir, wie immer mehr der Schwerpunkt des öffentlichen Lebens in die Volksmasse verlegt wird, während in den Monarchien jede derartige Bestrebung als hochverräterisch betrachtet und womöglich auch bestraft wird. Das Erstere mag, solange das Volk selbst noch unentwickelt ist und von seinen Freiheiten und seinen Rechten keinen Gebrauch zu machen versteht, zeitweise zu manchen Anzuträglichkeiten führen, aber es wirkt unzweifelhaft dahin, daß das politische Bewußtsein des Volkes geschärft wird und daß dieses schließlich lernt, seine Rechte auch in seinem Interesse zu benutzen. Man gewöhne sich ab, das Leben eines Volkes nach der Dauer eines Menschenalters zu beurtheilen, und man wird dem zustimmen müssen.

Was bisher vielfach dazu verleitet hat, den Werth der Republik zu verkennen, ist die Thatsache, daß man von ihr Unmögliches verlangt hat. Sie kann nicht Fragen in einem Tage lösen, an denen Monarchien jahrhundertlang vergeblich herumexperimentirt haben. So kann auch in der Republik der Sozialismus erst zur Verwirklichung gelangen, wenn die Vorbedingungen dazu vorhanden sind. So verhindert die Republik, solange die bürgerliche Gesellschaft mit dem Prinzip der Ausbeutung besteht, nicht die mit ihr ursächlich verbundene Korruption, aber sie zwingt sie, sich offen zu zeigen, während in der Monarchie die Korruption latent ist, d. h. heimlich in allen Fugen nistet. Die Republik heißt Oeffentlichkeit, die Monarchie Kabinettswirtschaft. Die Oeffentlichkeit hat gewiß manche Unannehmlichkeiten im Gefolge, aber politische Fragen werden nicht mit Sprengen von Rosenöl gelöst. Wer stets im Zimmer sitzen bleibt, ist vor manchem Unfällen geschützt, aber er wird sein Lebtage ein erbärmlicher, hilfloser Wicht bleiben.

Man weist so oft mit Entrüstung auf die Korruptionswirtschaft in Amerika hin. Gewiß, sie ist eine Schande für die große Schöpfung Jefferson's. Aber man vergesse nicht, daß sie ihre Nahrung findet in den Ausnahmeverhältnissen, unter denen die Vereinigten Staaten sich entwickelt haben und noch entwickeln: der starken Einwanderung von Leuten, deren einziges Bestreben ist, reich zu werden. Aber warum spricht man nicht von der Korruption in Europa, in Deutschland? Ist sie da etwa schöner, weil sie kleinbürgerlicher, feiger auftritt, weil sie sich hinter der Reichstreue, der „Anhänglichkeit an das Herrscherhaus“ versteckt? Ist Bleichröder etwa ehrenhafter als Bamberger, Jay Gould weniger skrupulös als die Kardorff, die Stumm und Konsorten?

Wie korrumpirend das monarchische System in jeder Beziehung auf das öffentliche Leben wirkt, das zeigt sich jetzt ganz besonders in Oesterreich beim Kampf um die Sprachgesetze. Wäre Oesterreich Republik, so würden die verschiedenen Nationalitätsgruppen dieses Landes gezwungen sein, sich mit einander zu verständigen, und eine Verständigung ist nur möglich auf demokratischer Basis. Die Sache der Freiheit würde gewinnen und die Sache der Kultur mit ihr, denn es würde sich ein Wettkampf im besten Sinne des Wortes zwischen den verschiedenen Nationalitäten entwickeln. Was sehen wir aber heute? Einen Wettkampf in der Niedertracht. Die eine Nationalität sucht die andere an häßlichem Servilismus zu übertreffen, um sie so in der Gunst der kaiserlichen Sonne auszustreichen und alsdann mit Hilfe der kaiserlichen Regierung unterdrücken zu können. Die Volksrechte werden um den Preis eines kaiserlichen Kopfnickens schmählich verschachert — die Bestimmungslosigkeit ist zum Prinzip erhoben. In der schweizerischen Republik kennt man keine Sprachfrage.

Wir könnten die Vergleiche noch unendlich weit ausspinnen, denn auf allen Gebieten sehen wir heute die Monarchie sich der Kulturentwicklung hindernd in den Weg stellen. Die Phrase von dem Königtum, das über den Parteien steht, ist eine Lüge. Das Königtum stützt sich auf bestimmte Gesellschaftsklassen, wie es selbst wiederum die Stütze dieser Klassen ist. Es ist nicht nur nicht parteilos, es ist selbst Partei. Das zeigt sich namentlich in Preußen-Deutschland, wo jeder Versuch, das Volksrecht zu erweitern, als ein Angriff gegen die Monarchie betrachtet wird.

Alle Fehler, alle Gebrechen der Republik finden wir in der Monarchie in verstärkter, wenn auch häufig versteckter Form, nicht aber ihre Vorzüge. In der Monarchie, sagten wir früher einmal und wiederholen wir heute, wird das viele Schlechte vertuscht und das wenige Gute in den Himmel erhoben, in der Republik aber gilt das Gute als selbstverständlich und wird alles Schlechte, jeder Mißbrauch, an das Tageslicht gezogen. In der Monarchie fehlt dem Volk die Freiheit, sein Brod zu erkämpfen, in der Republik ist es Schuld des Volkes, wenn ihm die Freiheit nicht auch Brod verschafft. Die Monarchie ist die Lüge in Permanenz, die Republik ist der Weg zur Wahrheit.

Darum rufen wir trotz aller Polizeischikaneen und Gerichtsinfamien zum 14. Juli mit unseren französischen Brüdern gemeinsam aus voller Brust:

„Es lebe die Republik!“

Der Sozialismus in England.

Endlich scheint auch in England, dem Mutterlande der modernen Industrie, der Sozialismus festen Fuß gefaßt zu haben. Das Exekutivkomitee der demokratischen Föderation, von deren Gründung und Entwicklung wir unsern Lesern seinerzeit Mittheilung machten, versendet jetzt ein Manifest, in welchem die wesentlichsten Grundsätze des sozialistischen Sozialismus figuriren. Bei der Bedeutung dieses Dokuments für die Geschichte der Sozialdemokratie halten wir es für geboten, dasselbe in seinem wesentlichsten Theile an dieser Stelle im Parteilorgan zu veröffentlichen.

Das Manifest führt den Titel: „Was ist Sozialismus? Ein sozialer und politischer Manifest der demokratischen Föderation. Bildet! Agitirt! Organisirt!“ und beginnt folgendermaßen:

Mitbürger! Die Stunde ist gekommen, in der es absolut nöthig ist, daß die Masse des Volkes selbst und energisch ihre eigenen Angelegenheiten in die Hand nimmt, will sie nicht, daß ihre Lage bald schlechter sein soll, als sie je gewesen. Die politische und soziale Gewalt ist heute das Monopol derer, die von der Arbeit ihrer Mitbürger leben, und Tories oder Konservative, Whigs, Liberale oder Radikale sind lediglich bemüht, die Arbeiter in Unkenntniß über die Thatsachen zu erhalten, die sie am nächsten angehen. Seit der Reformbill von 1832 gehen die Kapitalisten, abgesehen von einer Frage, Hand in Hand mit den Landlords, und seit der Aufhebung der Kornetze (1846) bis zum heutigen Tage sind Geldadmirale und Landjunker zusammen die absoluten Herren über die Millionen von wirklich Arbeitenden im Gebiete des vereinigten Königreichs. Ihre Gewalt ist so vollständig, daß seit 1848 bis heute kein wirklicher Anlauf versucht wurde, sie zu kürzen. Aber was war das Resultat der Herrschaft der reichen Klassen für die Arbeiter? Während fünfzig Jahren haben sie einander um Lohnkonkurrenz gemacht, die sie kaum in den Stand setzten, ihr Leben zu fristen. Während sie Reichthümer schufen und das Jahreseinkommen unseres Landes sich mehr als verdreifachte, blieben diejenigen, welche diese Reichthümer hervorbrachten, eine Klasse von Lohnsklaven, überarbeitet und unternährt, jeder Kräfte preisgegeben, die Opfer jeder darauf folgenden Geschäftslosigkeit. Die Bevölkerung der Maschinen, die Ausdehnung der Eisenbahnen, die Anwendung der Dampfkraft und der Elektricität — diese großartige Steigerung der Herrschaft des Menschen über die Natur, welche die hauptsächlichste Erscheinung unserer Epoche ist, hat als Folge gehabt Ueberfluß für eine Minderheit, Elend und Herabwürdigung für die Mehrheit. 1874 wurden die Liberalen wegen ihrer Unfähigkeit heimgeschickt und die Konservativen rückten auf sechs Jahre an ihre Plätze. Während der langen Dauer ihres Amtes führten sie nicht eine einzige Maßregel durch, welche das Loos der Millionen Darbenden irgendwie zu erleichtern geeignet war. Die Konservativen fielen in Mißgunst, die Liberalen kamen wieder ans Ruder, und wiederum liegt keine einzige Maßregel dem Parlament vor, keine einzige Maßregel ist in Aussicht genommen, welche den Arbeitern, Männern wie Frauen, welche thatsächlich die einzige Lasse aller Reichthums sind, von Nutzen sein könnte.

Mitbürger! Der Fortbestand dieser traurigen Finanzschieber hängt von Eurer Unwissenheit ab und wird so lange dauern wie Eure Gleichgültigkeit. Landjunker und Kapitalisten, die das Oberhand in Besitz genommen haben, und die das Haus der Gemeinen anfüllen, haben kein anderes Bestreben als ihre Interessen unter dem Vorwand zu wahren, für die Euren zu wirken. Nehmt daher Euer Erbtheil an Euch, schiebt diese reichen Parasiten beider Gruppen, die mit Eurer Arbeit schachern, beiseite, und traut in Zukunft nur auf Eure eigene Kraft.

Betrachtet die folgenden Zahlen:

Gesamtproduktion im Verein. Königreich	£ St.	1300,000,000
Von Landlords, den Kapitalisten und Profitmachern eingestekt	„	1000,000,000
Rest für die wirklichen Produzenten	„	300,000,000

Denkt über diese Aufstellung nach, Ihr, die Ihr leidet, und ertragt es, daß Andere nichts thun und reich sind; blickt auf die Armut, das Dahinsinken, die Prostitution, die Euch umgeben, Ihr die Ihr arbeitet, und gebt den Ertrag Eures Tagewerks Euren Ausbeutern für den Ertrag von zwei oder drei Arbeitstagen. Erwägt diese Thatsachen, überdenkt Euch diese Aufstellung, Männer und Frauen Englands, und dann fragt Euch, ob es der Mühe werth ist, um solcher Resultate willen Euch vor den „herrschenden Klassen“ in slavischer Unterwürfigkeit zu beugen, oder ob Ihr nicht die volle Frucht Eures Fleißes verlangen und erlangen und selbst Eure herrschende Klasse werden sollt. Unterwerft Euch alsdann nicht länger einem System parlamentarischer Regierung, das im Interesse derer, die Euch berauben und unterdrücken, errichtet wurde, das sich selbst Generationen hindurch als bankrott und trügerisch erwiesen hat.

Agitirt! Organisirt!
Mitbürger! Wir, die Anhänger der demokratischen Föderation verlangen volles Stimmrecht für alle erwachsenen Männer und Frauen dieser Inseln, da nur auf diesem Wege das ganze Volk seinem Willen freien Ausdruck geben kann; wir sind für Entschädigung der Abgeordneten und jährliche Legislaturen, weil nur so das Volk seine Vertreter kontrolliren kann, wir kämpfen für freie direkte Abstimmung über alle wichtigen Beschlüsse und für die Bekämpfung jeder Art von Korruption als entehrendes Vergehen, weil nur so die Tyrannei beseitigt und die Bestechung ausgerottet werden kann; wir fordern Abschaffung aller erblichen Autorität, weil solche Ämter notwendigerweise vom Willen der Volksmassen unabhängig sind. Aber alle diese Reformen, wenn durchgeführt, bedeuten nur, daß die Männer und Frauen dieses Landes nachgerade Herren in ihren eigenen Häusern sein wollen. Die politische

Maschinerie an sich ist aber wertlos, wenn sie nicht benutzt wird, um gute soziale Zustände zu schaffen.

Alle Reichtum entstammt der Arbeit, folglich gebührt der Arbeit aller Reichtum.

Wir sind Fremde in unserem eigenen Lande. 30,000 Personen besitzen den Grund von Großbritannien, gegenüber den 30 Millionen, welche darauf leben sollen. Eine lange Reihe von Klüften und Konfessionen hat uns des Bodens beraubt, der unser Aller sein sollte.

Aber der Privatbesitz an Grund und Boden ist in der heutigen Gesellschaft nur eine und nicht die schlaueste Form des Monopolismus, der die besitzenden Klassen befähigt, die Produktionsmittel gegen die Arbeiter, die sie verkaufen, anzuhängen.

Wir fordern jetzt Nationalisierung des Grund und Bodens. Auf dem Lande und in den Städten, in Bergwerken, Wäldern, auf den Bergen und in Hälden soll der Boden dem Volke für das Volk gehören, um bearbeitet, bebaut und besodert zu werden, nach Maßgabe der vom Volke für zweckmäßig erkannten Bedingungen.

Die wenigen tausend Personen, welche Inhaber der Staatsschulden sind, welche das Parlament der Landlords dem Volke angedeihet hat, schöpfen von der Arbeit ihrer Landsleute jährlich 28 Millionen Pfund für nichts und wieder nichts ab, die Aktienbesitzer, denen man gestattete, an unsern großen Eisenbahnverbindungen Hand anzulegen, eine noch größere Summe.

Um einer besseren Zeit vorzuarbeiten, empfehlen wir zur unverzüglichen Annahme:

Die obligatorische Errichtung von gesunden Wohnungen für Land- und Industriearbeiter nach Maßgabe der Bevölkerung. Diese Wohnungen sind zu einem Preise zu vermieten, der lediglich die Bau- und Unterhaltungskosten deckt.

Obligatorischen freien Unterricht für alle Klassen mit Lieferung von mindestens einer gesunden Mahlzeit pro Tag.

Einen Normalarbeitstag von acht Stunden oder weniger für alle Gewerbe.

Progressive Einkommensteuer auf alle Einkommen über ein festzusetzendes Minimum, das 300 Pfd. pro Jahr nicht überschreiten darf.

Staatliche Uebernahme der Eisenbahnen gegen oder ohne Entschädigung.

Die Errichtung von Nationalbanken, welche alle Privatbanken, die mittels Operationen mit Geld oder Kredit Profite machen, beseitigen sollen.

Schnelle Tilgung der Staatsschuld.

Nationalisierung des Grund und Bodens und Organisierung von Land- und Industrie-Armeen unter staatlicher Kontrolle und nach genossenschaftlichen Prinzipien.

Bei solchen Maßregeln wird ein gesundes, unabhängiges und tüchtig gebildetes Volk allmählich um uns heranwachsen, bereit, den verderblichen Konkurrenzkampf um Hungerlöhne, der unsere gegenwärtige Arbeiterbevölkerung ruiniert, aufzugeben, bereit, die Arbeit jedes für den allgemeinen Nutzen zu organisieren, und entschlossen, die volle soziale und politische Maschinerie eines Staates endlich in die Hand zu nehmen, in welchem die Klassenunterschiede und Klassenprivilegien aufhören, zu existieren.

Sagt Jemand, daß wir das Privateigentum angreifen? Wir leugnen es. Wir greifen nur das Privateigentum für einige tausend Hausbesitzer und Sklavenhalter an, das Millionen das Eigentum an den Früchten ihrer Arbeit unmöglich macht. Wir verwirfen das Privateigentum, das die Armut gleichzeitig zu einer Nothwendigkeit und zu einem Verbrechen macht.

Es folgt nun noch einmal ein Appell in obigem Sinne, worauf es heißt:

„Die Zwecke und Ziele der Demokratischen Föderation liegen Euch vor. Ein Erfolg kann nur durch organisiertes Vorgehen erzielt werden.“

Unterrichtet! Wir bedürfen all' unserer Intelligenz. Agitiert! Wir bedürfen all' unseres Enthusiasmus. Organisiert! Wir bedürfen all' unserer Kraft. Unterrichtet! Agitiert! Organisiert!

Das Exekutiv-Komitee der Demokratischen Föderation: Herbert Barrons, John Clark, Patrick Hennessy, J. L. Joyce, James Macdonald, James Murray, Andreas Schen, H. H. Champion, Ehren-Sekretär. A. J. Dabson, H. W. Synnmann, Vorsitzender. Tom. S. Lemon, William Morris, H. W. Rowland, Ehren-Sekretär. Helen Taylor, Joh. Williams.

Ueber diese Persönlichkeiten ist uns Folgendes bekannt:

Frl. Helen Taylor ist die Stieftochter des bekannten Schriftstellers J. Stuart Mill. Sie hat, wenn wir nicht irren, in hervorragender Weise für Unterstützung der irischen Bewegung in England gewirkt, wie sie auch bei den letzten deutschen Reichstagswahlen (1881) und durch Frl. E. Marx einen namhaften Beitrag zu dem Wahlfonds zugehen ließ.

H. Rowland ist Vorsitzender des Gewerkevereins der Londoner Kutsher. Er war es, der auf dem letzten Trades-Unions-Kongress zu Manchester beantragte, der Kongress möge sich für Nationalisierung des Grund und Bodens aussprechen, was auch geschah.

Andreas Schen ist der bekannte österreichische Sozialist, der somit von seinen blauschichtigen Neigungen zurückgekommen zu sein scheint.

A. J. Dabson ist der Kandidat für den demokratischen Verein von Marlborough (Stadtviertel von London) für die nächsten allgemeinen Wahlen.

Die Pariser „Justice“ veröffentlicht folgende Resolution, welche am 26. Juni auf einem von dem obigen Komitee einberufenen Meeting angenommen wurde:

„Die Verlesung sendet an Madame Louise Michel den Aus-

druck ihrer aufrichtigen Sympathie gelegentlich der ungerechten, rachsüchtigen und grausamen Verurteilung, welche von den Dienern der jetzt republikanischen Bourgeoisie in Frankreich gegen sie gefällt wurde.“

Eine preussische Muster-Ordnungsstufe.

Aus Frankfurt am Main erhalten wir folgende Zuschrift: Auch wir sind hier in der Lage, zu dem Thema: „Die Tugend unserer Tugendwächter“ einen zwar nicht sehr erwidlichen, aber um so charakteristischeren Beitrag zu liefern.

Am 29. Mai d. J. fanden wir in den hiesigen Zeitungen folgende Lokalnotiz:

„Der Schutzmann Herr Lehmann des vierten Revieres hatte vor einiger Zeit das I. Polizeipräsidium um seine Versetzung in einen anderen Polizeidistrikt ersucht, weil zwischen ihm und dem Revierkommissarius, Herrn Bley, Zerwürfnisse ernster Natur beständen. Nachdem die Versetzung genehmigt worden, hat Herr Lehmann eine Rechtfertigungsschrift dem Präsidium eingereicht, auf Grund deren eine Disziplinaruntersuchung gegen Herrn Bley eingeleitet sein soll.“

Wir hielten es nun für unsere Pflicht, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um diesem zwischen dem Herrn Kommissarius und seinem Untergebenen — welcher Letzterer noch so ein Stück Inventarium aus Alt-Frankfurter Zeit ist — entstandenen Zerwürfnis auf die Spur zu kommen, da ja derartige Vorkommnisse bekanntlich stets verdunkelt zu werden pflegen, denn „wie der Herr so der Knecht“.

Es ist uns dies nun auch glücklich gelungen, und gerade im Begriffe, diese Zeilen niederzuschreiben, finden wir in den hiesigen Blättern folgende zweite Notiz:

Frankfurt, 2. Juni.

Herr Polizeikommissarius Bley ist von seinem Urlaub zurückgekehrt. Was die gegen ihn von Herrn Schutzmann Lehmann eingeleitete Beschwerdebefreiung betrifft, so soll derselben von seinen Vorgesetzten irgend welche Folge nicht gegeben worden sein.

Also die Angelegenheit des Ehrenmannes, der sich neben dem bekannten Polizeirath Rumpff im Leipziger Hochverratsprozeß (Oktober 1881) hervorgethan, soll einfach nicht publiz werden. Rein, Ihr, Wadern, so haben wir nicht gewettet, wir wollten vielmehr den sauberen Herren einen Strich durch ihre ohne uns gemachte Rechnung ziehen.

Wir haben nämlich erfahren, daß die von Schutzmann Lehmann eingeleitete Beschwerde vollständig der Wahrheit entspricht, aber aus dem Grunde unterdrückt werden soll, weil die Polizei sich, wenn die Angelegenheit vor den Strafrichter käme, in unerhörter Weise bloßstellen würde. Die Thatfachen, soweit wir sie bis jetzt in Erfahrung gebracht haben, sind sehr gravirender Natur. So wird dem sauberen Polizeikommissar in erster Linie vorgeworfen, daß er sein Amt zur Protection von zweifelhaften Franzosimmern, deren Wohnungen sich in der Kleinen Bodenheimergasse, Bethmannstraße 20, befinden, mißbraucht hat, ja öfters seien sogar seine eigenen Untergebenen im Bureau — also im Polizeirevier, Neue Reichstraße 17 — dazu gekommen, wie er vorgeladene Mädchen, sogar Frauen, in gemeinster Weise handgreiflich insultirte.

Wie sehr Ehren-Bley eine gewisse Kategorie von Franzosimmern protegirt hat, geht schon daraus hervor, daß er einen bei der Prostituirten Sauer gekündeten Sessel dadurch der Veräußerung entzog, daß er ihn einfach auf sein Revierbureau nahm.

Beim Wildprethändler Walluf auf der Großen Bodenheimergasse beschlagnahmten die Schutzleute dieses Ehrenmannes Wildpret. Der Herr Kommissarius hielt es nicht unter seiner Würde, dem Präsidium mitzutheilen, daß nichts gefunden sei, und Walluf „aus gewissen Gründen“ (Bley steht nämlich in intimum Verhältnis zu Walluf's Frau) das Wildpret zurückzugeben.

Sodann hat Ehren-Bley in verschiedenen Kuppelprojekten, wovon noch einer, nämlich der gegen Marie Kessing, geb. Müller, Verdingbureau am Römerberg 17, vor der Strafkammer schwebt, Akten unterschlagen, um die Angeklagten, welche ihm mit Geld oder auf sonstige Weise beschaffen haben, vor harten Strafen zu bewahren.

Ferner hat Bley Leute, namentlich Schutzleute, zu unwahren Aussagen in Bezug auf die gegen ihn schwebende Untersuchung veranlassen wollen.

Daß er, um einen drastischen Ausdruck zu gebrauchen, sein Revier abgestreift hat, dafür sind die Wirthe Carl Riehl, Weinwirth zum Hans Frauenstein, Römerberg 26, Frh. Franz Dörmer, Kirchnerstraße Nr. 10 p., Georg Fas, Hotel Schwan, Steinweg 17, W. K. J. Martin-Stoh, zum Prinzen von Arabien, Große Bodenheimerstraße 9, Peter Bollhardt, Restaurateur zum Wintergarten, Goetheplatz 13, die berechneten Zeugen.

Man sagt dem Kommissar ferner nach, er habe Leute zum Meinde verleiht, doch auch in diesem Falle hat das wohlthätliche Polizeipräsidium es vorgezogen, „aus gewissen wohlwollenden Gründen“ von einer Untersuchung Abstand zu nehmen.

Ferner liegen bestimmte Anzeigen dafür vor, daß er die jegliche Prostituirte Janned bereits vor ihrem 14. Lebensjahre mißbraucht hat, angedeutet erzählt man sich noch Schmutzereien von ihm, wie sie Emil Zola's Rana und ihre Freundin Satin begangen. Daß Bley der Beschickung ebenfalls zugänglich, davon kann Herr C. Pfeiffer, Restaurateur zur Neuen Börse, sowohl als die Frau des Kommissarius E. selbst, welche die goldenen und silbernen Halsketten u. a. auch nicht dem Gehalte ihres Mannes verdankt, ein Wortlein mitsprechen.

Auch passionierter Hazardspieler ist Herr Bley, und das Loß zur Oper war sehr häufig der Schauplatz aufregender Szenen, wobei Bley, ein notorischer Trunkenbold, die Hauptrolle gespielt hatte.

Zum Schluß wollen wir noch als Kuriosum anführen, daß Bley seine alte schmutzige Dienstmagd in andere Umstände versetzt hat.

Die besten Zeugen für alle diese, einem Polizeikommissar und bekannten Sozialistenfresser gut ansehenden schönen Sachen sind die Schutzleute Christian Lehmann, Oskar Ulrich, Joh. Reut, Benglein und auch Herr Polizeidirektor J. Langer, ja der Polizeipräsident Carl Friedrich August Hergenhahn selbst.

Diese letzteren Ehrenmänner erhielten schon eine Menge Anzeigen, haben es aber auch durchaus nicht für nöthig gehalten, das Verfahren gegen Ehren-Bley einzuleiten.

Wir behalten uns über diesen Fall noch eine sehr pikante Fortsetzung vor und bemerken schließlich noch, daß Bley wegen ähnlicher Stänkereien seinerzeit von Berlin nach Frankfurt versetzt worden ist.

Lux.

NB. Sorben vor Abgang dieses finden wir folgende weitere Lokalnotiz:

„Einige Schutzleute des vierten, jetzt wieder von Herrn Kommissar Bley verwalteten Reviers sind theils nach Bodenheim, theils nach Bornheim versetzt worden, und erfahren, daß ein vom sämmtlichen Schutzleuten des 4. Reviers unterzeichnetes Beschwerdebuch der Staatsanwaltschaft zugegangen ist. Biletsch trägt unsere Korrespondenz dazu bei, die Einleitung des Strafverfahrens gegen diesen lödernen Patron zu beschleunigen.“

Mindestens soll die Oeffentlichkeit erfahren, welcher Art die Stützen der heiligen Ordnung in Preußen sind, um derentwillen man uns ächzet.

— Bebel gewählt! Der erste Hamburger Wahlkreis erobert! Mit dieser Freudenbotschaft eröffnen wir unsere heutige Rundschau. Mit 11,711 Stimmen, bei Weitem mehr, als wir in der Zeit der intensiven Agitation erzielt, hat der Kandidat der Sozialdemokratie den Fortschrittler, der nur 11608 Stimmen erhielt, aus dem Felde geschlagen. Die „Schwarz“, zwei Sozialdemokraten in den Reichstagsentscheidungen zu müssen“ — wie sich die Fortschrittler in ihrem Flugblatt ebenso lakonisch wie demokratisch ausdrückten — ist der stolzen Hausfahne nicht erspart geblieben, die „Republik“ Hamburg wird jetzt durch zwei überzeugte wirkliche Republikaner im deutschen Reichstags vertreten sein. In der That, welche Schmach!

Die Fortschrittler trösten sich über ihre Niederlage mit der Thatsache, daß dieselbe nur durch die Wahlenthaltung eines Theiles der Liberalen und Handwerker möglich war. Nun, was kann's gleich sein, welche Händel unter unsern Begnern zu unserm Siege beitragen. Die Wucht der 11,700 Stimmen wird dadurch nicht verkleinert, die gehören uns. Wir haben nicht um die Stimmen anderer Parteien gekümmert und geteilt, wir haben mit der Wucht unserer Argumente gekämpft und mit reinem Eifer, rein von jedem Flicken entsprechender Kompromisse, geht unsere Partei als Siegerin aus dem Kampfe hervor.

Unsere Hamburger Genossen können stolz sein. Sie haben ihre Pflicht im vollsten Sinne des Wortes getan. Mit Bewunderung blicken die Genossen aus ganz Deutschland, blicken die Sozialisten aller Länder auf die unentwegten Kämpfer der Arbeiterklasse in dem belagerten Hamburg. Sie haben gezeigt, welche trefflichen Faktoren Zähigkeit und Ausdauer im Kampfe sind. Gegen solche Elemente sind alle Ausnahmegeetze der Welt unmöglich. Wenn es noch nöthig war, das Sozialistengesetz ad absurdum zu führen, so hat Hamburg das getan. Es hat dem Werk des Attentatsjahres den moralischen Todesstoß versetzt.

Und noch aus einem besonderen Grunde freut uns der Sieg in Hamburg. Dresden ist gerächt. Allen ihren Neben von Freiheitliebe entgegen stimmten 1881 die Fortschrittler Dresdens für den konservativen Stübel gegen Bebel, und listeten damit diesen Wahlkreis der Reaktion aus. Mögen sie darob jammern und wehklagen, daß die Hamburger Konservativen ihnen nicht Mann für Mann den Treueposten wieder vergolten haben, ihr Schmerz ob der nicht erhaltenen Stimmen der offenen Reaktionäre macht sie uns nur noch verächtlicher.

Uebrigens ist es ganz begreiflich, wenn die Handwerker lieber Bebel als einem Fortschrittler ihre Stimmen gaben. Die Leute sehen, daß sie den Kampf mit dem Großkapital auf die Dauer nicht mehr führen können, ihr erster Wunsch ist natürlich, Mittel zu finden, ihre soziale Position künstlich aufrechtzuerhalten. Haben sie sich erst überzeugt, daß das nicht geht, dann ist es ganz selbstverständlich, daß sie lieber einer Partei zustimmen, die eine radikale Aenderung der Produktionsweise erstrebt, als einer Partei, die sie dem schrankenlosen Konkurrenzkampf mit dem Großkapital preisgibt. Von Rechtswegen gehören, wie die Stimmen der Arbeiter, so auch die Stimmen der Handwerker der Sozialdemokratie.

Wie dem nun auch sei, der Sieg ist errungen und wir haben allen Grund, uns feiner aus vollem Herzen zu freuen. Und daß ein so schneidiger Kämpfer wie August Bebel die Zahl unserer Vertreter im Reichstags vergrößert, erhöht unsere Freude noch. Wenn die „Frankfurter Zeitung“ sich einbildet, daß die „Verbitterung“, welche die Niederlagen der zwei Jahren in ihm erzeugt haben, nunmehr „Mühsel-Erwägung und besonnenem Maßhalten“ Platz machen werde, so wissen wir, daß sie damit auf dem Holzwege ist. So wenig Bebel als der damaligen Niederlagen verbittert war, so wenig wird er jetzt im Sinne der Frankfurter „besonnen“ werden. Noch wie vor wird er vielmehr der Mann der klüglichen Erwägung bleiben, er wird sich nicht in dem Trange, „positiv“ wirken zu wollen, zu jener kläglichen „Wenn und Aber“-Politik verleiten lassen, als deren Typus heut der leitende Geist der weilsand radikalen Frankfurter Zeitung sich auszeichnet. Er wird vielmehr mit Johann Jakob an dem Grundsatze festhalten, daß ein kräftiges Nein! sehr oft die beste und — positivste Politik ist.

Und nun noch einmal: Ein Hoch den wackeren Hamburger Genossen!

— Aus Kämpfen in Kämpfe! Hamburg hat seine Schuldigkeit getan, Kiel-Kendeburg vor! Am 20. Juli findet im 7. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreise die Nachwahl an Stelle der ungünstig erklärten Wahl des Sozialpolitikers Hanel statt. Unsere Genossen im Wahlkreise haben ihren früheren Kandidaten, den Genossen Stephan Heintzel in Kiel, wiederum aufgestellt und sind bereits mit einem ersten Flugblatt in die Aktion getreten. Das glänzende Resultat der Hamburger Wahl wird seine Wirkung auf die Kieler Arbeiter sicherlich nicht verfehlen. Mit geklärtem Blick, mit gesteigertem Vertrauen können sie an das Werk gehen, nachdem ihnen Hamburg gezeigt, was Muth und Ausdauer vermögen. Die Aufmerksamkeit und das erwarten wir, die materielle Unterstützung der Genossen in Deutschland ist ihnen sicher. Darum, rüßt ihr an's Werk, Genossen des Kiel-Kendeburger Wahlkreises, zeigt, daß ihr entschlossen seid, die Forderung, auf welche Ihr schon so lange und so unverzagt einstürmt, einzunehmen — „ob auch der Feind Kartätschen speit!“

Thut, was in Euren Kräften steht, auf daß wir den Bericht über die Wahl vom 20. Juli, entsprechend dieser Noth, einleiten können mit den Worten: Aus Siegen in Siegen!

Und Ihr, Genossen allerorts, sammelt ihr Kiel!

— Die „reaktionäre Masse“ unter sich. So einzig die gesammte Ausbenterbande ist, wenn es gilt, das Ausbenterthum zu „retten“, wenn Ausbenterinteresse gegen Arbeiterinteresse auf dem Spiel steht, so heftig liegt sie sich in den Haaren, wenn es gilt, den Raub unter sich zu theilen, wenn Ausbenterinteresse gegen Ausbenterinteresse in Frage kommt. Da bieten dann die uneigennütigen Volksgenossen, die sich sonst nicht genug Artigkeiten und Komplimente sagen können, ein Schanzspiel, daß uns bösen Sozialdemokraten das Herz vor teuflischer Freude lacht. Oder ist es nicht im höchsten Grade ergötzlich, zu lesen, wie der konservative Herr Stumm, der große Arbeiterfreund Stumm, der König Stumm, im konservativen „Deutschen Tageblatt“ aus seines Widersandes gegen die Kanalvorlage Dortmund-Emshäfen —

Der Herr Stumm
Ist nicht dumm.
Er weiß wohl, warum!

abgezantelt wird? Man höre nur:

„Am bedauerlichsten insofern bleibt die Opposition Stumms, welche ganz augenscheinlich dem westphälischen Industriegebiet einen Transportvortheil nicht gönnen will, weil die Konkurrenzfähigkeit des Saar- und Moselgebietes gegen Westphalen dadurch möglicherweise herabgemindert werden könnte. Wir fürchten, daß die großen national-wirtschaftlichen Gesichtspunkte wieder einmal dem kleinlichen Egoismus unterliegen; wir fürchten dies, wollen aber darum die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die Mehrheit der Herrenhausmitglieder von den, wenn auch noch so spulenten servierten, Scheingliedern der Kanal-Opposition sich nicht blenden lassen möchte.“

Aber, o wehe! auch diese Hoffnung ward zu Schanden, denn zur „Gruppe Stumm“ stellte sich noch eine zweite Gruppe, von der es in demselben Artikel des „Deutschen Tageblattes“ heißt:

„Bezeichnend ist es, daß im Entgegenhalt zu der Stumm'schen Behauptung, daß der Kanal mit der Eisenbahn nicht konkurriren könnte, von anderer Seite als Grund der Opposition geltend gemacht wurde, daß die Landwirtschaft durch den Kanal insofern einer gefährlichen Konkurrenz ausgesetzt würde, als die billigen Kanal-

frachten die Masseneinfuhr fremden Getreides sehr wesentlich erleichtern wurden."

In dieser ehrenwerthen Gruppe, der billigen Brod ein Orsel vor dem Herrn ist, geföhren außer den Magnaten der östlichen Provinzen, die selbstverständlich dem Wesen nichts gönnen, u. A. der Herzog von Crov, Befehliger der Herrschaft Dalken im Kreis Gössfeld, Westphalen, der Vertreter des Grafenverbandes der Rheinprovinz Graf Hompesch, der Vertreter des alten und besichtigten Grundbesitzes im Münsterlande, Freiherr von Landsberg-Steinfurt, der Erdmarschall des Fürstentums Münster Graf von Merfeldt, der Vertreter des alten besichtigten Grundbesitzes von Ober-Berg und Ober-Jülich Graf von Resselrode; der Fürst Salm-Reifferscheid auf Schloß Die im Kreise Gredendroich, Rheinprovinz; der Fürst Solms-Braunsfels und der Fürst Solms-Hohensolms-Lich, beide im Kreise Weimar angehörend; und im Abgeordnetenhaus der wephälische „Banernvater“ — denn „Banern“ sind die edlen Herren ja alle, wenn es sich ums Profitmachen handelt — von Schorlemer-Alf. Alles, wie man sieht, Männer vom höchsten Adel, und — abgesehen, untadlig, sagt irgend ein Baron in irgend einer Operette des „Frischens“ Offenbach. Und die untadeligen Herren mitamt der Gruppe Stimm brachten die Regierungsvorlage, welche im Abgeordnetenhaus mit mehr als Zweidrittel-Majorität angenommen war, zu Falle. Darob große tugendhafte Entrüstung bei allen Freunden des Projektes, u. A. Windthorst-Meynen, der seinem „verehrten Freunde“ Schorlemer im Abgeordnetenhaus vorgeworfen hatte, daß er seine Einwände gleich einer — ja! — Dynamitpatrone in die Debatte geworfen habe, bis zum praktisch gemordeten Demokraten Sonnemann. Die „Frankfurter Zeitung“ empfiehlt daher zur Durchdringung der Kanalarvorlage im Herrenhaus eines der infamsten Mittel des korrupten Parlamentarismus — einen Putsch, indem sie ihr demokratisches Gewissen über das ihrer Leser mit der Erklärung entschuldigt, daß das Land in den „Herren“ nicht seine Vertreter sieht. Altwahr, eine billige Aussucht! Natürlich, die „Frankfurter Zeitung“ hat nur ein überles Interesse am Zustandekommen des Kanals.

Aber ist es nicht ein löstliches Bild: die „libisch-manchesterliche“ „Frankfurter Zeitung“ mit dem antisemitischen „Deutschen Tageblatt“ Hand in Hand wider den König Stamm und „Schorlemer-Alf“! So aber ist gerade recht. Je mehr sich diese verschiedenen Elemente der feudalen und Bürgermasse an einander abarbeiten, kratzen, aufreissen, um so wirksamer bereiten sie den Boden für uns.

Wie der Bourgeoisstaat die Ausbeutung betreibt und dem Massenmord Vorschub leistet. Aus Rankheim, der industriellen Hauptstadt des liberalen Ruhrkreises Baden, erhielt die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich folgende Zuschrift: „Vor einigen Tagen brachte die „Neue Badische Landes-Ztg.“ eine Mitteilung, wonach die sämtlichen Weichensteller am hiesigen Güter- und Personenbahnhose eine Eingabe an die großherzogliche Generaldirektion der badischen Staatsbahnen gerichtet hätten, um Bewährung einer durchaus gerechtfertigten, und im Interesse der Betriebsfähigkeit auch gebotenen Dienstleistung. Aus dieser Mitteilung ging hervor, daß diese Beamten jeden Tag 12 Stunden Dienst haben und zwar sieben Tage hintereinander Nacht dienst und dann wieder sieben Tage Tagesdienst. Die höchst beschwerlichen Wünsche der Weichensteller gehen nun dahin, diesen Wechsel alle halbe Wochen eintreten zu lassen, da sieben Nachtdienste hintereinander zu anstrengend seien. Auf diesen vernünftigen Vorschlag der erwähnten Unterbeamten, welcher Ansaugung Fieber nach Karlsruhe gerichtet war, hat sich die großherzogliche Generaldirektion bis heute (Ende Juni) noch nicht gemilligt gesehen, auch nur einen Bescheid zu erteilen. Da man am grünen Tisch in Karlsruhe keinen Nachtdienst kennt, hält man wahrscheinlich dieses Verlangen für bedeutungslos. Wir sind nun heute in der Lage, über die Dienstleistungen dieser Weichensteller noch einige Details mitteilen zu können. Denn sich ein solcher Beamter einmal ausnahmsweise einen freien Tag erbittet, wird ihm dieser in der Regel gewährt, dafür muß er aber für einen Stellvertreter 2 Mk. 40 Pf. bezahlen, während sein eigener Tagelohn nur 1 Mk. 70 Pf. beträgt. (1)

Ferner ist den Weichenstellern bei Strafe verboten, in ihrer freien Zeit sich durch Nebenarbeiten etwa zu verdienen, da dies ihre Kräfte für den Nachtdienst zu sehr schwächen würde. Es ist gegen diese Bestimmung eigentlich nichts einzuwenden; die Verantwortung selbst scheint sich aber nicht, einen Teil der freien Zeit dieser Leute für sich ohne Bezahlung in Anspruch zu nehmen. Einige Mal im Monat ist nämlich Feuerwehprobe und dann müssen die am Tage dienstfreien Weichensteller einige Stunden früher zum Nachtdienst erscheinen, um ihre Kollegen behufs Teilnahme an diesen Proben abzulösen; ferner müssen sie am Tage dienstfreien Weichensteller 2-3 Mal im Monat nachmittags einige Stunden zur Instruktion und hierfür ebenfalls einen Teil ihrer zur Ruhe bestimmten Zeit opfern. Daß die letztere den Weichenstellern nicht zu reichlich zugemessen ist, unterliegt bei unserem Sparsystem wohl keinem Zweifel, deshalb sollte man dieselbe aber auch nicht im Mindesten kürzen und vor allem aber einem Besuch wilsfahren, welches nicht die geringsten Mehrausgaben oder die Anstellung eines größeren Personals bedingt und dem bis jetzt — wie nicht anders anzunehmen ist — nur aus Gleichgültigkeit nicht näher getreten ist.

Warum sollte man in Karlsruhe auch nicht gleichgültig sein, handelt es sich doch nur um Proletariat! Und wenn einmal infolge der Uebermittlung dieser Beamten ein kleines „Nahverkehr“ passiert, wobei so ein paar hundert Menschen verunglücken, nun — einen Sündenbock findet man immer. Beweis: Die Hagstetter Affäre!

Ein netter „Partei-Führer“, dieser Bennisgen! Er hat jetzt die „Gründe“ seines „Militärisches“ erklärt, und worin bestehen sie? Fürst Bismarck sucht die Stellung der Parlamente systematisch herabzudenken, und die Gegensätze sind dadurch so scharf zugespitzt, daß für ihn, den „veröhnlichen“ und „ausgleichenden“ Kompromißmann, der Boden zu heiß geworden ist. Mit anderen Worten: es gilt zu kämpfen, das „politische Ideal“ des Herrn von Bennisgen, die parlamentarische Regierung gegen die Angriffe des Fürsten Bismarck zu verteidigen, — und das paßt diesem politischen Reichthier nicht, das seiner „ganzen politischen Veranlagung“ nach sich vor dem Kampfe fürchtet, und da räumt es seine das Feld! Und Das nannte sich „Partei-Führer“! Wie glauben, daß die Geschichte der Parteien kein zweites Beispiel ähnlicher Zümmlichkeit aufzuweisen hat. Herr v. Bennisgen war aber der würdige Vertreter der „liberalen“ deutschen Bourgeoisie — und ist es noch!

Die „Volkspartei“ hat wahrhaftig eine Zukunft. Sie besitzt nicht bloß in der Person Sonnemann's ein Finanzgenie, in der Person Payer's einen Staatsmann — sie hat sich jetzt auch einen Märtyrer zugelegt. Da kann's ihr doch sicher nicht fehlen. Mit der Märtyrerschaft des Märtyrers hat's freilich eine etwas eigenthümliche Verwandtschaft. Ähnlich wie mit dem Finanzgenie Sonnemann's und der Staatsmännlichkeit Payer's, indem man darf diese Dinge nicht mit alzu kritischen Augen betrachten, und wenn die „Volkspartei“ mit dem Märtyrertum ihres „Märtyrers“ zufrieden ist, so haben wir keinen Grund, unzufrieden zu sein. Der Märtyrer ist der bekannte Publizist und Kaffeehändler Ludwig Pfan — ein Mann, vor dem persönlich wir übrigens die größte Achtung haben und der auch zu viel Humor hat, um sein Märtyrertum tragisch zu nehmen. Ludwig Pfan, der eine

scharfe Feder führt, kam aus dem einen oder anderen Anlaß mit irgend einem Reaktionsär hintereinander, wurde von diesem wegen „Beleidigung“ verurteilt, und hat vom Bericht 4 Wochen — in Buchstaben vier Wochen Gefängnis „aufgebrannt“ bekommen, die er, da das Urtheil in den höheren Instanzen bestätigt worden ist, dem nächst „abfüßen“ muß. Darob ohrenzerreißendes Jetergeschrei im volksparteilichen Lager. Die Freiheit im Allgemeinen und die Pressefreiheit im Besonderen ist unterdrückt, das Vaterland in Gefahr! Alles von wegen der vier Wochen Gefängnis. Daß innerhalb der letzten anderthalb Jahrzehnte — um nicht weiter zurückzugreifen — Hunderte von Staatsbürgern mit nicht mehr und nicht weniger Recht zu weit höheren Strafen verurtheilt, daß Hunderttausende von Staatsbürgern durch ein infames Ausnahmegesetz in die Acht erklärt und der schrankenlosen Polizeiwillkür überliefert worden sind — das sind Dinge, von denen die Herren Volksparteiler keine Ahnung zu haben scheinen. Die Jahrhunderte Gefängnis und Zuchtthaus, die über Sozialdemokraten verhängt worden sind, existiren für diese politischen Rip van Winkle's nicht, welche die beispiellosen Verfolgungen der Aera Bismarck gemüthlich verschlafen haben und nun plötzlich durch einen Mädelnschrei auf die eigene volksparteiliche Nase zu der Erkenntnis gelangt sind, daß Freiheit und Vaterland in Gefahr.

Freiheit und Vaterland in Gefahr durch die vier Wochen, welche Pfan „abdrummen“ soll! Um keine Welle ist noch so viel Geschrei gemacht worden, wie um diese vier Wochen. Die Zahl der Beleidigungsadressen geht in die Hunderte; feierliche Deputationen haben dem „Märtyrer“ für den Heroismus gedankt, mit welchem er sich die vier Wochen hat „aufbrennen“ lassen, und dieser Tage fand zu Ehren des Märtyrers in Stuttgart ein großes Bankett statt, dem der „Beobachter“ („Moniteur“ der Volkspartei) einen langen, durch zwei Nummern hindurchgehenden Artikel widmet, und das — wenn der H. Volksparteiler zu glauben ist — für die deutsche, oder mindestens die schwäbische „Verfassungsgeschichte“ eine ähnliche Rolle spielen wird, wie weitans die Reformbankette von 1847 und 1848 in Frankreich. Die Blätter der Volkspartei war versammelt, es regnete Reden, Toaste, Gedichte — auch der Parteihauptmann hielt eine staatsmännliche Rede, die in einem Panegyrikus auf Schwurgerichte für Verurtheilte gipfelte. Was sonst noch Alles aus diesem denkwürdigen Bankett sich ereignete, das findet der Leser, falls er Lust hat, darnach zu suchen, in dem „Beobachter“. Einweisen, und in Erwartung des epochalen Umschwungs, der uns in Folge dieser volksparteilichen „Tat“ bevorsteht, möchten wir nur einige bescheidene Zweifel in Punkte der Schwurgerichts-Panace äußern. Für die Herren Volksparteiler, die ja zu den bürgerlichen Parteien, oder richtiger zu der Partei des Bürgerthums, der Bourgeoisie gehören, mag es von Vortheil sein, wenn sie bei Pfan — und überhaupt politischen Prozessen bürgerliche Geschworne zu Richtern haben. Keine Kräfte hat der anderen die Augen an. Wer aber nicht das Glück hat, der Bourgeoisie und der Partei des Bürgerthums anzugehören, der muß ein sehr großer Optimist sein und sehr wenig Erfahrung und zeitgeschichtliche Kenntnisse haben, wenn er bürgerliche Geschworne Verurtheilten vorzieht. Die schwurgerichtliche Bernethaltung Bedeils und Liebnechts im Leipziger Hochverrathprozeß wurde seiner Zeit von Verurtheilten für eine Konfession erklärt, und Louise Michel würde von Verurtheilten schwerlich zu den 6 Jahren Gefängnis verurtheilt worden sein, welche der blinde Haß bürgerlicher Geschworne über die Vorkämpferin des Proletariats verhängt hat. Jades — wir wollen auch die H. Verurtheilten nicht loben. Die Urtheile des Leipziger Reichsgerichts und vieler anderen in- und ausländischen aus Verurtheilten zusammengesetzten Gerichtshöfen reden eine zu deutliche Sprache, als daß eine Illusion möglich wäre. Ja dem Klassenstaat wird die Justiz stets eine Klassenjustiz sein, gleichviel, ob sie von bürgerlichen Geschwornen, oder von im Dienst der bürgerlichen Gesellschaft stehenden Verurtheilten ausgeht wird.

Nicht Bourgeois, sondern Kleinbürger seien es gewesen, welche das monströse Urtheil gegen Louise Michel gefällt, verhängen die Bourgeoiszeitungen, und zum Beweis führen sie an, daß neben einem Reuther und einem Oberstaatsanwalt, die als Repräsentanten des „ausbeutenden Kapitals“ betrachtet werden könnten, ein Häufmaler, ein Kaffeehausbesitzer, ein Architekt, ein Fabrikant wissenschaftlicher Instrumente, ein Wäscher, ein Mechaniker, ein Holzhändler, ein Hutmacher, ein Möbelschneider und ein — Stadtschreiber die Geschwornenbank gebildet haben, also „fast lauter Kleingewerbetreibende“. Ein sonderbarer Beweis! Ebenfalls sonderbar wie die „Kleingewerbetreibenden“, welche Häufmaler, Fabrikanten, Kaffeehausbesitzer (man denke, in Paris!) sind. Nun — wenn die Majorität der Geschwornen aus Polizeidienern bestanden hätte, wäre man im Stande gewesen, noch viel emphatischer zu behaupten, daß das Bourgeoislement nicht vorgeherrscht habe. Polizeidienere pflegen keine Bourgeois zu sein. Aber sie dienen dem Klassenstaat, d. h. der Bourgeoisie; und genau dasselbe gilt von dem Kleingewerbetreibenden (soweit dieselben es), welche nach dem französischen Gesetz auf die Geschwornenlisten kommen. Ein Gegner der Bourgeoisie schließt ebenfalls wenig durch die betreffenden Paragraphe, wie ein Kameel durch ein Nadelöhr — oder ein Reicher in's Himmelreich, würden wir hinzugesagt haben, wenn wir nicht müßten, daß die Reichen sich über dieses biblische Himmelreich (trotz frommer Phrasen) bloß lustig machen und mit dem irdischen Himmelreich, welches sie sich erkämpfen und erobert haben, sehr zufrieden sind. Die französische Bourgeoisie hat mit großer Vorsicht dafür gesorgt, daß ihre Justiz eine echte, unverfälschte Klassenjustiz ist.

Häng dich, Bismarck, das hättest Du nicht erfinden! (Pons-oi Figaro, tu n'aurais pas inventé cela!) Vor etwa zehn Jahren fanden es einige Schweizer Kantone eintüchtig, ihre unproduktiven Kostgänger sich vom Halbe zu schaffen, indem sie sie auf Staatskosten nach Amerika verschifften. Dies geschah nicht nur mit arbeitsunfähigen Armen, sondern auch mit Verbrechern, die ihre Strafe nicht abgelesen. Als dies in New-York entsetzt wurde, sahen sich die Yankee's natürlich genöthigt, sich durch ein Gesetz gegen solche Einfuhr zu schützen. Was die kleinen Schweizer Kantone klein angefangen, sehen jetzt irische Armenpfleger im Großen fort. Diese irischen Armenpfleger — überall bestehend aus Ouderverwaltern, Großpächtern und anderen Knechten der Großgrundbesitzer — finden es ebenfalls für ihre Taschen sehr angemessen, Greise, Wittwen, Krüppel, Waisen und andern entweder im Dienst des Großgrundbesitzes zu Schanden geschundenen, oder auf Jahre hinaus noch nicht schindbaren Menschenkoff nach den Vereinigten Staaten massenweise „abzuschicken“. Die totale Armenverwaltung akkordirt den Verkaufspreis mit den Dampfgesellschaften, der billig genug ausfällt — es ist ja ein Engrosgegeschä, und der bewilligte Robott kann den Abgeschobenen an der Nahrung während der Ueberfahrt wieder abgezogen werden — und gibt Jedem derselben 10 R., sage zehn Mark, baar mit, damit er sich in Amerika fortsetzen könne! Die Amerikaner finden aber, daß sie durchaus keinen Verhas haben, die Gesamtarmenpfleger der irischen Ouderverwaltung zu werden, und das oheudrein auf eigene Kosten. Sie sind also genöthigt, die ihnen zugesprochenen armen Leute, von denen die Wehrzahl sofort nach Ankauf von der New-Yorker Armenverwaltung hat ernährt werden müssen, in die Heimath zurückzuschicken, so hart dies auch für die Betroffenen ist, und bei der englischen Regierung zu reklamiren. Diese, die den ganzen Handel im Stillen begünstigt, wird jetzt die Unschulbige spielen und den Amerikanern vollständig Recht geben.

Häng dich, Bismarck, daß Du das nicht erfunden, ehe Schweiz und Irland Dir das Geschäft verdorben! „Altersversorgung“ — durch Abschub nach Amerika — welche brillante Grabschrift wäre das gewesen für den „Anwalt des armen Mannes“ im Interesse der Junker und Fabrikanten! Aber leider — es geht nicht mehr.

— Aus Sachsen. In der schriftlichen „Motivirung“, welche Hr. v. Rositz-Wallwitz seinem Antrag auf Verlängerung des „Kleinen“ für Leipzig und Umgegend beigab, werden hauptsächlich zwei „Gründe“ angeführt: 1) in dem belagerten Gebiet hat sich nichts gebessert; und 2) einige der ausgewiesenen „Hauptführer“ halten sich in bedenklicher Nähe von Leipzig und Umgegend auf und gefährden dadurch die Sicherheit des belagerten Gebiets. Ueber den ersten „Grund“ können wir kurz weggehen. Es hat sich im belagerten Gebiete nichts „gebessert“ und wird sich auch nichts „bessern“. Im Gegentheil. Wir, die Sozialdemokraten, haben eine Besserung zu konstatiren, und zwar eine Besserung ohne Gänzlichkeiten — unsere Mitgliederzahl hat seit Verhängung des „Kleinen“ bedeutend zugenommen, die Organisation ist weit fester geworden und wird täglich fester, und der Abonnenten- und der Leserkreis des Parteiorgans hat sich in ungeahnter Weise ausgedehnt. Das haben wir dem Hrn. Rositz-Wallwitz vorausgesagt, und wenn er den „Kleinen“ noch ein Duzendmal verlängern läßt, wird er keine „Besserung“ in seinem Sinne zu verzeichnen haben.

Interessanter ist und der zweite „Grund“, der übrigens schon in der vorjährigen „Motivirung“ andeutungsweise anstuchte. Daß die Anwesenheit einiger der ausgewiesenen „Hauptführer“ in der Nähe des belagerten Gebiets, d. h. in Borsdorf, dem Hrn. Rositz-Wallwitz unangenehm ist, das glauben wir gern, allein beim besten Willen von der Welt können wir nicht einsehen, wie dies zu einem „Grund“ für die Verlängerung des „Kleinen“ gemacht werden kann. Die fraglichen „Hauptführer“ müssen doch irgendwo wohnen; und überall sonst in Sachsen und dem benachbarten Deutschland werden sie Hrn. v. Rositz-Wallwitz ebenso unangenehm sein, wie in Borsdorf. Sie müßen wohnen, wo sie wollen, und mögen thun, was sie wollen, sie werden nirgends und niemals dem Hrn. v. Rositz-Wallwitz unangenehm sein — aber, so wiederholen wir, was hat das mit der Verlängerung des „Kleinen“ für Leipzig und Umgegend zu thun? Der „Kleine“ wurde ausdrücklich zu dem Zweck verhängt, die „Hauptführer“ und „Hauptführer“ aus Leipzig und Umgegend zu entfernen — das ist geschehen, und wenn die erhofften Wirkungen ausgeblieben sind, so trägt nicht die (sofern nur auf wenige Monate im Jahr sich erstreckende Anwesenheit) einiger „Hauptführer“ in Borsdorf die Schuld, sondern die Thatfache, daß der „Kleine“ seiner Natur nach die erhoffte Wirkung überhaupt nicht hervorbringen kann. Wohnen die fraglichen „Hauptführer“ in Buxtehude oder Newyork, statt in Borsdorf, so würde in Leipzig und Umgegend gerade so wenig von einer „Besserung“ die Rede sein, wie jetzt. Wäre Hr. v. Rositz-Wallwitz ein logischer Kopf, so würde er aus dem Umlauf, daß die Anwesenheit einiger „Hauptführer“ in Borsdorf seine zerrütteten Junkernerven irritirt, den Schluß gezogen haben, daß der „Kleine“ zunächst auf Borsdorf und Umgegend und schließlich auf das ganze Rußland Sachsen ausgedehnt werden muß. Denn den unangenehmen „Hauptführer“ ist ja entschieden die raffinierte Bosheit zuzutrauen, daß sie, nach Ausdehnung des Belagerungsverbots über weitere Strecken, sich wieder in die „Nähe“ des belagerten Gebiets verziehen würden.

Hr. v. Rositz-Wallwitz hat diese Konsequenz nicht gezogen — warum nicht? Doch wer vermag, dem Gedankenflug unlogischer Köpfe zu folgen? Genug — der „Kleine“ ist für Leipzig und Umgegend auf ein Jahr verlängert, und wird seinerzeit auch für Hamburg-Mitona und Berlin mit gleich guten „Gründen“ verlängert werden.

Hoffentlich hat die „Motivirung“ des Hrn. v. Rositz-Wallwitz unsere Nationalliberalen, die schon von Aufhebung des Belagerungsverbots und Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes zu fiebern begannen, von ihrer Angst erlöst.

Eine Pfaffen Geschichte. Vor etwa Jahresfrist beglückte der sehr alte und weil sehr todesfürchtige auch sehr gottesfürchtige und fromme Kaufmann Felix aus Leipzig ein Borsfadorf mit dem Vorschlag, ihm einen Pfaffen anzuschaffen, erbot sich selbst zu großen Opfern, erklärte aber als langer Mann, auch auf kräftige Unterstützung von Staat und Gemeinde zu rechnen. Der Staat verhielt sich vorläufig neutral und von der Gemeinde fiel die Unterstützung sehr kühllich aus, da besagte Gemeinde schon erdrückend hohe Steuern zu zahlen hat und nur auf das Rothwendigste Rücksicht nehmen kann. Jades der fromme Herr Amtshauptmann brachte es doch fertig, etwas von der Gemeinde herauszunetzeln, und auch der dortige Mittergutsbesitzer, Graf Kleiß, gebildet aus Schlesien, öffnete seine Taschen, denn als fromm gelten die Herren ja gern.

Herr Felix wollte das Weitere arrangiren, und richtig, nach kurzer Zeit erhielt er die Genehmigung des Landes-Konfistoriums, die 12,000 Seelen zählende Gemeinde mit einem Pfaffen beglücken zu können. — Doch halt! Hier hatte er die Rechnung ohne den Wirth gemacht. Der Wirth waren nämlich die beiden schon vorhandenen Pfaffen der Parochie, zu welcher besagtes Dorf gehört. Man von denselben von oben herab pflanzsel machen wollte, daß es bei der großen Ausdehnung der Parochie ihnen nicht möglich sei, das Seelenheil der sieben Schafe in genügender Weise zu überwachen, daß es deshalb nöthig sei, ihnen einige Arbeit abzunehmen, daß sie aber für die ihnen abgenommene Arbeit auch je dreihundert Markchen von ihrem Gehalt fahren lassen müßten, da war das Geschrei groß in Israel, und die zwei Diener Gottes sträubten sich mit Händen und Füßen gegen die Gehaltskürzung. Und da eine Kröbe der andern die Augen nicht anhadt, so änderte das Landes-Konfistorium seinen Bescheid; es soll nun bloß ein Hilfspfarrer angestellt werden, der seinen Sitz in besagtem Borsfadorf hat und sich mit geringerem Gehalt begnügen muß.

Soweit wäre die Sache also geblieben, aber der Beschluß will nicht zur That werden und von einer wirklichen Anstellung ist bis jetzt noch nichts zu merken. Einstweilen fragen sich unsere Borsfadorfbesitzer, wo der neue Pfaffe predigen soll. Eine Kirche ist nicht da; es wird also ein Bethaal eingerichtet werden müssen und dieser wird der armen Gemeinde wiederum bedeutende Ausgaben veranlassen.

Die Moral der Geschichte ist die: Als die zwei biden Pfaffen der Parochie einige hundert Mark von ihrem Gehalt fahren lassen sollten, da piffen sie auf das Seelenheil der betreffenden Gemeinde; und erst als ihr Geldbeutel geschüttelt, ließen sie sich für den Plan gewinnen. Ja, Geben ist seliger denn Nehmen, sagen die angewerbeten Herren, aber, aber! nur an sich selber probiren. In der Praxis ist es umgekehrt. Daß der neue Pfaffe das benutzte ziemlich „rothe“ Borsfadorf „umkrempeln“ wird, das glaubte er schon ganz sicher; wir wünschen ihm viel Glück dazu.

Zum Ueberfluß rührt sich in besagtem Borsfadorf auch wieder der Kirchenbauverein, welcher wohl etwas über 100 Mk. in Kasse hat. Da kann es noch etwas geben — nämlich zu lachen.

Ein bemerkenswerthes Erkenntnis. In Folge einer unbedachtlichen Denunziation, schreibt man uns aus Mainz, wurde ein hiesiger Genosse, Siegfried, von der Polizei verhaftet und wegen Verbreitung des „Sozialdemokrat“ in Untersuchung gezogen. Der Denunziant verwickelte sich aber in Widerspruch und von dem Landgerichte wurde daraufhin ein Beschluß gefaßt, welcher Siegfried außer Verfolgung setzte. Der Beschluß ist in mancher Beziehung interessant und verdient deshalb im Parteiorgan veröffentlicht zu werden. Er lautet:

Beschluß:
In Untersuchungsfragen gegen Karl Siegfried, Schlosser, in Mainz wohnhaft, wegen Vergehens gegen § 19 des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, in Erwägung, daß der Zeuge Wagner wenig glaubwürdig erscheint, auch seine Aussagen später modifizirt hat, daß der Zeuge Oswald Schambler namentlich erklärt, Siegfried habe ihm das Blatt „Sozialdemokrat“ nicht gegeben, sondern er habe es sich aus seiner Schublade gemommen; daß der Zeuge Schwalbach erklärt,

*) Der Kreis Meynen erwartet von dem Kanal großen Vortheil. Herr von Schorlemer fürchtet von ihm billiges Getreide, was Wunder, daß sich die frommen Söhne der heiligen Kirche darob sehr unchristlich in die Haare gerathen. O, über unser — verjudetes Zeitalter!

daß Siegfried nur bei ihm anfragt, ob er gern lese, und ihm ein nicht bezeichnetes Blatt empfehlen möchte.

In Erwägung, daß der Versuch des Vorgehens gegen § 19 ein nicht strafbar ist, die Anhaltspunkte dafür, daß wirklich eine Verbreitung stattgefunden, im Laufe der Untersuchungsphase ganz verschwunden sind, die Aufforderung, auf das Blatt zu abonnieren, wenn sie überhaupt stattgefunden — man vergleiche die Aussagen der Brüder Schambier im Anfang und im Laufe der Untersuchung — keine Verfehlung gegen das Gesetz enthält.

In Erwägung, daß daher hinreichende Befugnisse vorliegen,

wird der Beschuldigte außer Verfolgung gesetzt unter Befreiung der Staatskasse mit den Kosten.

Rainz, 8. Mai 1883.

Großb. Landgericht, Strafkammer.
Unterr. Pauli, Dr. Bodenheimer, Vippold.

Zur Beglaubigung:
Dahlmann,
Hilfsgerichtsschreiber.

— Schweiz. Das Komite für den Schweizerischen Arbeitertag hat ein Manifest an alle Arbeiterorganisationen der Schweiz erlassen, worin es folgende Tagesordnung für den am Ende August oder Anfang September projektierten Arbeitertag vorschlägt:

- 1) Die Lage der Arbeiter in der Schweiz.
 - 2) Das Fabrikgesetz, seine Handhabung seitens der Fabrikanten, seine Uebervachung durch die Kantonsregierungen und die eidgenössischen Fabrikinspektoren. Welche Maßregeln sind behufs besserer Durchführung des Fabrikgesetzes seitens der Schweizer Arbeiterschaft zu treffen?
 - 3) Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf alle Lohnarbeiter.
 - 4) Einführung der Gewerbebeschlechtsgerichte (Prud'hommes).
 - 5) Staatliche Unterstützung der Krankenassen, sowie unentgeltliche Beerdigung.
 - 6) Staatliche Alters- und Invaliden-Unterstützung.
 - 7) Internationale Arbeitsgesetzgebung: Regelung der Frauenarbeit und Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren in Fabriken; Schaffung eines einheitlichen Normalarbeitstages von höchstens zehn Stunden.
 - 8) Was kann für die wirksamere Verbreitung der sozialistischen Idee in der Schweiz geschehen und wie sind die Mittel hierzu aufzubringen?
 - 9) Ist ein Zusammengehen der Arbeiterorganisationen in der Schweiz möglich und auf welcher Basis?
- Zu dem Antrage, dem wir uns von Herzen anschließen, heißt es alsdann:

„Ihr Grüßlianten, wie Ihr Mitglieder sozialdemokratischer Verbindungen, Ihr Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften, wie der deutschen und anderen Arbeitervereine in der Schweiz, wie überhaupt jeder Verbindung, die aus Arbeitern besteht, seid herzlich zur Befestigung des Schweizerischen Arbeitertages eingeladen. Die diesigen Arbeiterorganisationen werden es sich angelegen sein lassen, Euren Abgeordneten für möglichst billige Unterkunft und Verpflegung zu sorgen und denselben auch den Besuch der Schweizerischen Landesausstellung zu einem möglichst belehrenden zu machen.“

„Auf dem, Männer der Arbeit, nach dem schönen Ulrich. Zeigt durch zahlreiche Abordnungen, daß Ihr überzeugt seid von der Nothwendigkeit, Euch ohne Unterschied der Konfession und Nationalität die Bruderhand zu gemeinsamen Kämpfen zu reichen, da unsere „Herren“ es auch so halten. Die Selbstständigkeit der Vereine soll gewahrt bleiben, nur die Angriffspunkte müssen gemeinsam gewählt werden, soll unsere Sache raschere Fortschritte machen! Jeder Arbeiterverein, jeder größere Ort schicke Abgeordnete, damit die Gegner der Arbeiter Sache zu ihrem Kerger gewahr werden, daß sich die schweizerische Arbeiterbewegung zu neuer Thätigkeit auferregt!“

Für das Organisationskomite:
S. Bodmer, Vorsitzender.
E. Conzett, Sekretär.

Der anarchische „Revolt“ in Genf „warnt“ bereits die Arbeiter, nicht noch einmal auf diese Kleinräthe zu gehen, sondern sich zu vereinigen und zu organisieren zur Expropriation der unredlichen Besitzer der gemeinsamen Güter und zur Organisation einer den Bedürfnissen aller dienenden Produktion.

Diese Warnung ist allerdings ganz im Sinne von Leuten, welche auf der Tagesordnung ihrer demnächstigen Zusammenkunft folgenden Punkt figuriren haben:

„Ueber die Schädlichkeit einer Vereinigung aller revolutionären Kräfte (Schulen) vom Standpunkt der Anarchie.“

Da kann man wirklich sagen: „Ist dies auch Tollheit, hat es doch Methode.“

Wie oder fordern die Arbeiter auf, dem schlaftrigen Indifferentismus wie dem augenverdrehenden Revolutionismus den Rücken zu kehren, diesen gleich schädlichen Feinden jeder gesunde thätigen Arbeiterbewegung. Kein revolutionäres Minderthum mit dem Hinweis auf den Tag der sozialen Liquidation, sondern Kampf heute und zu aller Zeit! Kampf auf allen Gebieten und mit allen und zu Gebote stehenden Mitteln für die Befreiung der Arbeit vom Joche des Kapitalismus, darum: Auf, nach Zürich!

— Aus Frankreich. Der Kongress der „Agglomération parliemontaire“ (Pariser Vereinigung) der Französischen Arbeiterpartei (Kloster Richtung), der am 18. Juni eröffnet wurde von 29 Vereinen besucht, darunter auch einige anarchische. Auf die gegebnen Debatten einzugehen, fehlt uns der Raum, wir bringen im Nachstehenden als interessant für die prinzipielle Stellung des Kongresses einige der angenommenen Resolutionen:

„Ueber die Arbeitskrisen, ihre Ursachen und die Mittel zur Abhilfe: „In Erwägung, daß die Arbeitskrisen aller Art, theilweise oder allgemeine, zeitweise, dauernde oder periodische, Folgen sind des Privatbesitzes an Produktionsmitteln;

„daß sie solange unvermeidlich sind, als die Produktionskräfte ein Spekulationsmittel in den Händen einzelner Individuen sind, welche sie besitzen, anstatt daß sie sein, was sie im Besitz der Gesellschaft und unter ihrer Kontrolle sein sollten und sein könnten: ein Mittel, mit dem möglichst geringen Kraftaufwand die Bedürfnisse aller zu versorgen;

„ladet der Regionalkongress desentrums die Klasse, welche das Opfer dieser Krisen ist, d. h. das Proletariat, ein, sich zu organisiren zur möglichst schnellen Abhilfe aller Produktionsmittel und Arbeitskrisen in den Gemeinbesitz der Gesellschaft, das einzige Mittel, die Produktion nach einem bestimmten Plane und zum allgemeinen Besten zu organisiren.“

Ueber die Dauer des Arbeitstages: „In Erwägung, daß die Festsetzung des achtstündigen Arbeitstages sowohl die den Arbeitern nicht bezahlte Arbeitszeit d. h. den kapitalistischen Frohndienst, verkürzen, als auch den doppelten Zweck haben würde, die Löhne zu erhöhen und die Geschäftsstockungen zu vermindern;

„In Erwägung, daß sie, weit entfernt, der Produktion Frankreichs Eintrag zu thun, wie man vielfach behauptet (es sind hier Namen genannt, die nicht zur Sache thun), vielmehr der interessirten Nachlässigkeit unserer Fabrikanten einen Hieb derselben würde, die Erneuerung ihrer veralteten und mangelhaften Arbeitsgeräte zu beschleunigen;

„In Erwägung, daß übrigens diese Verkürzung des Arbeitstages mittelst internationaler Vereinbarungen auf die verschiedenen Länder ausgedehnt werden könnte, wie es z. B. mit der Herabsetzung des Briefportos z. gehen;

„ladet der Kongress die Arbeiter allerorts ein, mit allen Mitteln (Petitionen, Meetings, Wahlen etc.) auf die Kammern der Deputirtenkammer einzuwirken, daß sie unverzüglich das Achtstundengesetz beschließen, und so das Proletariat auf die Revolution vorbereiten, welche mit der Arbeit die Menschheit befreien wird.“

Ueber die Einwanderung fremder Arbeiter: „In Erwägung, daß das Arbeiter-Frankreich den Arbeitern aller Länder offen stehen muß, daß es aber zu machen hat, daß keine nationalen Ausbeuter nicht mehr mit der Nothlage in anderen Ländern spekuliren können, um auch in Frankreich Hungerlöhne durchzusetzen;

„In Erwägung, daß eine Reihe nationaler Produkte heute durch sogenannte Schutztarife gegen die entsprechenden Produkte des Auslandes geschützt sind, und daß die nationalen Produzenten mindestens den gleichen Anspruch auf den Schutz des Staates haben als die aus ihren Händen hervorgehenden Waaren,

„verlangt der Kongress:

„1) daß zu Gunsten der nationalen Waare Arbeit ein Tarif festgesetzt werde, unter dem fremde Arbeiter nicht beschäftigt werden dürfen;

„2) daß zur Festsetzung dieses Minimaltarifs die Arbeiter-Syndikatskammern ebenso zu Rathe gezogen werden wie die Handelskammern bei Festsetzung der Schutzzölle;

„3) daß wie die Zollbetreiber, ohne daß damit Gefängnißstrafe ausgeschlossen wird, mit einer Geldstrafe an den beschuldigten Staat bestraft werden, jede Verletzung des Tarifs mit einer festzusetzenden Geldstrafe zu belegen sei, welche der Arbeitgeber als Schuldiger an die Kasse der betreffenden Gewerkschaft zu entrichten hat.

„5) Der Kongress fordert außerdem:

- a) Abschaffung des Gesetzes wider die Internationale;
- b) Aufhebung des Rechts der Regierung, Fremde ohne Urtheil auszuweisen.“

Auf einige andere Beschlüsse (betr. die Monopole und die Staatsgelden) kommen wir eventuell noch zurück.

Partei enossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßregelten nicht!

Korrespondenzen.

— Regensburg, Anfang Juni. Seit Inkrafttreten des infamen Ausnahmegesetzes und dem Verbot unserer „Börsen“ ist nichts von dem Treiben in unserem Städtchen an die Öffentlichkeit gedrungen. Heute drückt uns ein Ukas des Reichshauptmanns zu Planen die Feder in die Hand, um einmal ein Bild von der Schandwirtschaft im Vogtlande zu geben.

Auf den 10. April hatten zwei Bürger von hier einen Vortrag von Dr. Specht über: „Weltaufbau und Weltende“ angemeldet und hierzu auch die Genehmigung vom Bürgermeister erhalten. Der Bürgermeister ist ein ganz harmloser Mann, aber nicht lässig, selbständig zu handeln. Aus lauter Keuschlichkeit zeigte er die Versammlung dem Amtshauptmann, Herrn v. Wolf an, und dieser Ehle hatte nichts Geligeres zu thun, als auf Grund des Sozialistengesetzes diesen Vortrag zu verbieten, — und der Himmel der Armen, den Bischof und Reichensperger meinen, war gerettet. Der „Himmel“, ja, aber wenn unser Ehrenpolitik meint, den Staat gerettet zu haben, so täuscht er sich gewaltig! Weit gefehlt, Herr Hauptmann! Der Raube Sozialismus ist schon in einem kräftigen Jüngling, in diesen heranwachsenden, den weder ein Korallensprung noch ein Schnapsbrennen, von Sarzin bezwingen kann, geländeweise dem ein ganz gemeiner Volkshauptmann.

Nach einigen über die Stadtgemeinde und deren Regierung. Der Wismasch-Stadtgemeinderath hat alle Schandthaten bei 30 Mark Strafe anzuordnen, denjenigen Steuerzahlern, welche Steuern restituiren und deswegen öffentlich bekannt werden sind, weder Bier noch Branntwein zu verabreichen. Merkt es Euch, Ihr armen Steuerzahler! Wenn aber ein Fabrikant drei Jahre lang keine Steuern bezahlt, wie Moriz Zimmermann, weil er glaubte, er sei zu hoch abgeschätzt oder ihm 40,000 Mark von der Abschätzungsschuld abgeschrieben werden, wie bei Wilhelm Uebel (dieser Fallankle schwindelte auch Gemüthliche an sich und verlegte Straßen nach Belieben im eigenen Interesse) — das heißt Berechtigtheit! —

Uebel, der Sohn eines mittellosen Diktators, war 48er Revolutionär, jetzt nationalmissarabel, Pfister einer großen mechanischen Fabrik und mehrfache Millionen „erparter“ Mark, Ausbeuter ersten Ranges; er redet seine Arbeiterinnen mit Du an, wie der Sultan seine Frauen im Harem, beschäftigt nur Frauen und Mädchen und ein Heer von Sämannern, welche in seinem Basallenstaat als Angekettete figuriren; denn schon vor dem Ausnahmegesetz wurde der Gefängniszustand über diesen Staat im Staate verhängt, schon damals wurden alle, die Petroleumsgeruch an sich hatten, ausgewiesen. —

Es wäre noch viel zu schreiben über diesen Menschenmenschen, aber der Raum dieses Blattes ist zu kostbar. Nehmen wir jetzt seinen würdigen Schwager, Moriz Zimmermann, vor. Ueber diesen Wiedermann wäre weniger Bedeutendes zu schreiben, er ist nämlich, mit einem Wort gesagt, dumm wie die Sünde; aber sein Sohn Karl ist doch noch dümmer, nur den einen „Vorzug“ hat er, er ist schädel mit dem Tyrann erster Klasse. Ueber seinen Schwiegervater Gustav Feiler zu schreiben, halte ich unter meiner Würde, er ist ein echter Strassenjunge. Diese Personen insgesammt gehören zu den Spigen der diesigen Liberalen.

Nun auch ein Bild von den Konservativen. Da ist zunächst der Fabrikant Hermann Bopp, ein aristokratischer Bourgeois und Zrechenbaukandidat. Dieser Ehrenmann saute zur Zeit des Streiks im vorigen Jahre: Lieber lasse ich zweihundert Särge machen für die verhungerten Arbeiter, als einen Pfennig Lohn mehr geben! Erinnerung! Du dich nicht mehr Hallauke, wie Du vor zwölf Jahren im Wehnhale sahest und Dich mit Deiner Hände Arbeit nur kümmerlich ernähren konntest? Da hätte Dir ein Streikrecht recht schön gepaßt. Oder weist Du nicht mehr, wie Du als Handwerker die Straßen durchzogst und betteln gingst? Du hattest ein sehr gutes Geschäft zum Betzeln, in Dresden hattest Du Dir einige Thaler heraus geschafte, denn Du hast 15 erbetene Thaler nach Regensburg gebracht, was Schreiber dieses ganz genau weiß. Ich könnte noch Manches von Deinem Sündenregister anführen, aber wegen Raummanget muß es unterbleiben.

Wir haben noch einen Esenbaron in unserer Stadt, dessen persüßliches Sündenregister ein unbedeutenderes ist, aber mit dessen Direktor wir noch ein Hänschen zu rupfen haben. Da dieser Baron indes nicht in die Kategorie der hier aufgezählten, sondern in das Verbrechensregister gehört, so wollen wir das auf ein andermal verschieben. Nun, vielleicht ist auch der Tag der großen Abrechnung nicht mehr fern, dann werden wir euch mit Jünglingsgenie zurückspülen. Arbeiter! Wollt Ihr nicht erkennen, daß Ihr ein Recht habt, ein menschenwürdiges Leben für Euch und Euer Kinder zu fordern? Oder wollt Ihr ewig mit Eurer Arbeit Andere bereichern? Wollt Ihr Euch bloß die Zeit für Euer Kindererziehung, für Eure Erholung von diesen Geldmenschen erbiten und dabei noch Mangel an Nahrung und Kleidung u. s. w. erdulden? Nein, wir können es nicht glauben, daß Ihr Euch diesen Dampfesbaronen und Schlotzwerkern auf Gnade und Ungnade ergeben habt. Vereint Euch daher, werdet Sozialisten und laßt Euch nicht einfallen, wenn die herrschenden Euch schmeicheln und sagen: „Ihr habt ja gerade Wünsche, wie wollen sehen, was sich thun läßt; werdet nur keine Sozialdemokraten, sonst können wir Euch gar nicht helfen und müssen (!) Euch unterdrücken“, wie Hofprediger Stöcker im Reichetage meinte. Herr Reichensperger machte es sich bekanntlich noch leichter und verwies die Armen einfach „auf die ausgleichende Gerechtigkeit“ im Jenseits. Aber, Genossen, forest dafür, daß die sozialistische Volksanklaffung in immer weitere Kreise dringt, trotz alledem! Habt 18te Ausgaben im Kampfe für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Den Gleichgültigen aber rufen wir die Verse Herweghs zu:

Zeige des Februar, Zeige des März
Waren es nicht Proletariatskriege?
Die voll Hoffnung wackelt erwacht?
Achtzehnhundert vierzig und acht?

Mutter Germania, du glücklich verpreuzte,
Waren es nicht Proletariatskriege,
Die sich an's Werk der Befreiung gemacht?
Achtzehnhundert vierzig und acht?

(Und wir verändern den letzten Vers):

Achtzehnhundert achtzig und drei
Reich der Reichen, da steht du, Zukhei!
Und wir Armen, verkauft und verrathen,
Denken der Proletariatskriege
Achtzehnhundert achtzig und drei —
Noch sind nicht alle März vorbei.

— Rippe-Deimold, im Juni. In Nr. 10 brachte der „Sozialdemokrat“ in der Korrespondenz „Aus der Oberlausitz“ eine sehr treffende Bemerkung über die Bedeutung der „Hohenzollern“, welche unsern Genossen Anregung geben sollte, die Wappen der andern deutschen Fürstenhäuser in ähnlicher Weise zu erläutern. Wir erlauben uns daher, den Reigen zu eröffnen.

Die Herrscher des Staates Rippe-Deimold führen in ihrem Wappen die Rose. Der Ursprung beruht auf einer alten Sage auf folgender Begebenheit: Ein Sprößling dieses Hauses bereichte einst seiner Auserwählten zum Zeichen seiner Liebe einen in damaligen Zeiten höchst seltenen Rosenkranz, welcher aus der Heimath der Rosen, Rumelien, hergeholt werden mußte, da die Königin der Blumen damals in Deutschland kaum gekannt war. Des Königsold sowohl, wie die Kosten der Transport, eine kolossale Summe, mußten durch eine Anleihe gedeckt werden. Dieser Anleihe, welche die erste des Staates war, sind Anleihen über Anleihen gefolgt, so daß das Rippe-Deimold'sche Volk unter unerträglichem Drucke leidet, und man dem Ländchen zurufen kann:

Als Rose bist Du bald verblüht,
Dank Anleihen, Steuern und Zölle.
Es bleiben nur Dornen in Deinem Gebiet,
Die das Leben machen zur Hölle.

Jetzt blüht eine andere Rose auf,
Gleich dem Rosenroth, das am Himmel erglüh,
Leuchtet weit sie ins Land, ihr Banner rauh,
Der Sozialismus sei unsere Rosenblüth.

S. W.

Die Chemnitzer Genossen bringen anläßlich des Sieges Befreiung der Hamburgern ein donnerndes Hoch!

Berichtigung.

In unserer vorigen Nummer ist der Name des Vorsitzenden des Rudowitzer Zigarrenarbeiterverbandes durch einen bedauerlichen Irrthum falsch angegeben. Es muß **G. Müller** heißen. Die Adresse: Szogade 35 — 5 Sal. W. Rudowitzer ist richtig. — Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß die Zahl der Streikenden (Männer und Frauen) 300 beträgt, so daß pro Woche 2000 Kronen Unterstützung ausgezahlt werden müssen. Unterstützung ist also dringend erforderlich.

Ferner haben wir nachzutragen, daß die in voriger Nummer abgedruckte „Rede“ nach dem Französischen des 2. Lammens verfaßt ist.

Die Unterzeichneten sprechen ihren Kollegen bei ihrer Abreise aus Frankfurt a. M., welche in Folge einer Anweisungsbefehl der preussischen Regierung am Sonntag den 10. Juni erfolgte, für die warme Theilnahme und fröhliche Unterstützung den aufrichtigsten Dank aus.

Mit sozialdemokratischem Gruß und Handschlag!

Johann Bandisch, Franz Sitzbeck.

Briefkasten

der Redaktion: P. Holt und E. Hörbum in Rudowitzer: Für diese Nummer zu spät eingetroffen. Besten Gruß! — Verschiedene Korrespondenten: In nächster Nummer.

der Expedition: H. Sch. Stg.: Nr. 250 pr. Ust. d. d. erh. — H. Sch. Altst.: Nr. 2, pr. Ust. d. d. erh. — M. Sch. Paris: Nr. 177, 40 Ab. 2. Cu. u. erh. 5. mit 18 gesperrt, da Neubildung und Abg. anst. d. d. erh. — Der Bekannte: Nr. 200, — 4. Cu. erh. — Redar: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erhalten. Wdr. für Sw. u. folgt. — Fr. Stg.: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erhalten. Wdr. bereits losgelassen. — Dr. B. A. Nr. 3, — Ab. 3. u. 4. Cu. erhalten. Nr. 4, — d. Ust. d. d. jugen. — G. E. Bildg.: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erh. — G. E. Bildg.: Nr. 6, — Ab. 2. und 3. Cu. erh. — R. M. E. Bgl.: Nr. 4, — Ab. bis Ende Oktober erh. und 1. — f. Schlt. Bgl. folgt nach Botsch. Adr. Sch. l. ängst erloschen! — Dreißig: Nr. 6, — Ab. 3. u. 4. Cu. erh. — W. P. Hdg.: Nr. 430 Ab. 3. Cu. erhalten. Wdr. gearb. — Namenlos: Nr. 50, — baar und Nr. 14, — Ugr. a. Cu. gutgeh. — Weberhllg. notirt. Schlt. u. Bgl. folgen. — J. Sch. C. Bgl. 1.70 Ab. 3. Cu. erh. — Bakarek: Nr. 9, — (Kouss für 10 Lei) pr. Ab. 3. Cu. u. Schrt. erh. Rest quittos im Agd. Bl. vom 30/6. eingetr. — Dittersbach: Nr. 6, — 4. Cu. erh. gutgeh. — W. Räber. A. d. r. K's ist längst erloschen! — Dreißig l. 2.: Nr. 42, — Ab. bis Ende Sept. erh. Restantirtes kommt noch. — St. Louis: Nr. 50, — Beitrag zur Förderung des jetzigen Staatsbans von den Arbeitern des Kundenanwidergeschäftes Schmidt pr. Ust. d. d. erh. — Rother Holländer: Nr. 3, — Ab. 3. Cu., Nr. 2, — f. b. Gehengen und Nr. 1, — 90 f. Schlt. u. Porto erh. Bgl. nach Wunsch Weiteres. — Winterthur: Nr. 15, — Ab. 2. Cu. baar u. Ugräng., sowie Nr. 3, 65 f. Schlt. u. erh. — Zug: Nr. 10, — pr. Ust. zur Krieler Wacht d. d. erh. — E. Sch. Cincin.: Nr. 100, — 4. Cu. erh., sowie 2 Bgl. u. Krbd. erh. Weiteres folgt. Inhab. Spezialannonce Erscheinen signalisirt. — D. Hgg.: Nr. 6, — Ab. 3. u. 4. Cu. erh. — O. Heims Cilde: Nr. 5, 50 Ueberhllg. u. d. Spieldele a. Conto erhalten. — Kibreg: Nr. 4, — Ab. 3. u. 4. Cu. erh. — Gassel: Nr. 10, — f. d. Wacht Bgl. bei einem Fäßen gel. und ein Hoch den Hamburger Gen. eingetr. u. somit weiterbeforgt. — B. a. a.: Nr. 2, — Ab. 3. Cu. erh. Nr. 3, — d. Agids. d. d. jugen. — Son. einem nichtsozialist. Gegner der Ausweisungen: Nr. 5, pr. Ust. d. d. erh. — B. G. Bgl.: Nr. 7, 25 a. Cu. erh. — G. B. P. Wgl.: Nr. 6, — pr. Ust. d. d. erh. — Stoffel: Nr. 1, 50 f. Schlt. erh. Bewilligtes folgt. — D. Fr. a. B.: Nr. 3, — 1. Juni bis Ende Aug. erh. — Wgl.: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erh. — A. D. Wgl.: Nr. 3, — Ab. 3. Cu. erh. — Wht. 3.: Nr. 2, — Ab. 3. Cu. erh. — B. Ed. Wgl.: Nr. 4, — Ab. 3. u. 4. Cu. erh. — Urmert: Wdr. besorgt. — H. P. Hilde: Nr. 3, 50 Ab. 3. Cu. u. Schlt. erh. — Rother Hans: Anst. Bgl. beantragt. — Rother Voigt: Nr. 4, — Ab. 2. Cu. u. P. erh. Bgl. Weiteres. — Krusitz: Wgl. kommen! — Kabelbespeiche an E. Bildg. u. Peter Krauer, Amerika: Zahlungstemperenz andauernd; Jubeljahr pr. Anfang drittes Quartal angeschlossen; Deantwort ob Naufschne noch immer nicht Meld. Schrammbaum! —

Zürich, den 7. Juli, Abends 8 Uhr, im Café Widder, Rennweg:

Geschlossene Versammlung der deutschen Sozialisten.

Tagesordnung:
Ersatzwahl in den Landesauschuss, Traktanden des Arbeitertages.

Der Lokalausschuss der deutschen Sozialisten.

Landesausschuss-Sitzung: Montag Abend 8^{1/2} Uhr im Cafe Morf.